

Antwort auf Ihre Wahlprüfsteine - Rostocker Friedensbündnis

1. DIE LINKE lehnt die Idee, Peenemünde als Weltkulturerbe vorzuschlagen, ab. Eine solche Ehrung widerspräche der historischen Wahrheit. Peenemünde ist nicht die „Wiege der Raumfahrt“. Nazi-Deutschland hat in Peenemünde nicht Raketen entwickelt und gebaut, um das Weltall zu erobern. Vielmehr ging es hier um Töten und Zerstören. Peenemünde sollte deshalb vielmehr ein fester Bestandteil eines wissenschaftlich begleiteten Gedenkstättenkonzeptes des Landes bleiben, auch um das Schicksal der in Peenemünde eingesetzten Zwangsarbeiter aufzuarbeiten und zu bewahren.
2. DIE LINKE setzt sich seit langem dafür ein, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft. Etwaige Initiativen auf Bundesebene wurden und werden durch DIE LINKE in MV unterstützt und auch außerparlamentarisch begleitet.
3. DIE LINKE. MV gehörte zu den wesentlichen Initiatoren und Unterstützern einer Volksinitiative, welche in die Einführung des Artikel 18a (Friedensverpflichtung) führte. Zur praktischen Umsetzung gehört für uns auch der Einsatz für die Würdigung von historischen Personen, die sich für Frieden, Toleranz und Gewaltfreiheit engagiert haben. So war es für uns eine Selbstverständlichkeit, z.B. an den diesjährigen Gedenkveranstaltungen zum 100. Geburtstag von Sophie Scholl teilzunehmen bzw. diese zu organisieren. Auch an die Unterstützung für die Instandsetzungsarbeiten der Gedenkstätte für Liselotte Herrmann in Güstrow sei hier erinnert werden. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf die enge Zusammenarbeit mit dem VVN-BdA e.V. MV. Eines der gemeinsamen Ziele ist die Änderung des Sonn- und Feiertagsgesetzes mit dem Ziel, den 8. Mai als Tag der Befreiung zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.
4. Die Aufnahme von unter 18-jährigen in die Bundeswehr lehnt DIE LINKE ab. Ebenso den Einsatz von sogenannten Jugendoffizieren der Bundeswehr in den Schulen. Hierzu waren wir bereits in der Vergangenheit mehrfach parlamentarisch initiativ.
5. Bürgermeister\*innen, die der Bewegung „Mayors for Peace“ angehören bzw. beitreten, erhalten unsere Unterstützung, z.B. durch die kommunalpolitische Vereinigung der Partei. Darüber hinaus sollte gemeinsam mit dem Städte- und Gemeindetag darüber gesprochen werden, wie diese Bewegung im Land durch mehr Kommunen unterstützt werden kann.
6. DIE LINKE spricht sich gegen die Beteiligung der Bundeswehr an Kriegseinsätzen im Ausland aus. Das bezieht auch die im Land stationierten Bundeswehrangehörigen ein.
7. Die für Dezember 2021 in Rostock geplante „Undersea-Defence-Technology-Messe“ findet seitens der LINKEN keine Unterstützung. Diese Messe ist eine Rüstungsmesse und widerspricht damit auch unserer Vorstellung von der „Ostsee als Meer des Friedens“. Darin begründet sich auch unser Widerstand gegen den Bau von Kriegsschiffen auf der Peene-Werft in Wolgast inclusive unserer Vorstellungen für ein maritimes Konversionsprogramm.